

Michael Bauer, Christine Straßmaier

Hintergründe und Folgen des Gazakriegs

Nach mehr als drei Wochen Krieg herrscht im Gazastreifen eine Waffenruhe. Es ist zu hoffen, dass die Konfliktparteien ihre Verpflichtungen einhalten und nun schnell mit der Versorgung der palästinensischen Zivilbevölkerung begonnen werden kann, um die Not im Gazastreifen zu mindern. Der Blutzoll, den die Palästinenser im Gazakrieg zu entrichten hatten, war mit mindestens 1.300 Toten und tausenden Verletzten enorm. Kurzfristig hat der Gazakrieg Israel unter Umständen einen Sicherheitszugewinn gebracht, da Hamas personelle und materielle Verluste zugefügt wurden. Noch ist allerdings unklar, wie groß diese Verluste tatsächlich sind und ob Hamas nicht noch politischen Nutzen aus der Eskalation ziehen kann. Israels Ansehen hat durch das Vorgehen im Gazastreifen in jedem Fall erheblichen Schaden erlitten.

Die Hürden, um den Waffenstillstand in einen aussichtsreichen politischen Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern zu überführen, sind hoch. Vor allem ein starkes Engagement der USA ist hierfür gefordert sowie eine Miteinbeziehung von Hamas und regionalen Akteuren wie Syrien und Iran. Trotz aller Rhetorik von US-Präsidenten Barack Obama ist allerdings unklar, welchen Platz der Palästinakonflikt auf der Agenda der neuen Administration einnehmen wird. Priorität in der Nahostpolitik dürften hier eher Iran und Irak genießen. Zudem sind die Palästinenser und in einem geringeren Maße auch Israel in sich gesplante Akteure, deren Fähigkeit, einen Friedensprozess substanziell umzusetzen, nur eingeschränkt vorhanden ist. Eine nachhaltige Lösung des Palästinakonflikts ist mit dem Angriff wohl kaum näher gerückt.

1. Der Weg in die Eskalation

Rund einen Monat vor dem offiziellen Ende der am 19. Juni 2008 aufgenommenen Waffenruhe zwischen Hamas und Israel eskalierten ab Anfang November die Spannungen zwischen den beiden Konfliktparteien. Internationale Vermittlungsversuche, die Waffenruhe über den 19. Dezember 2008 zu verlängern, scheiterten. Hamas begründete ihre Ablehnung damit, dass Israel die Bedingungen der im Juni 2008 beschlossenen Waffenruhe, nämlich die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens bzw. die Erleichterung des Warenverkehrs nicht eingehalten habe. Auch andere bewaffnete Gruppierungen im Gazastreifen, etwa der Islamische Dschihad, lehnten eine Fortführung der Waffenruhe ab. Israel wiederum warf Hamas vor, die Waffenruhe mehrfach durch den Abschuss von Raketen und Mörsergranaten auf das israelische Grenzgebiet verletzt zu haben.

Gescheiterte Verhandlungen

In der Tat war die unter ägyptischer Ägide verhandelte Waffenruhe von Anfang an brüchig und in ihren Inhalten umstritten gewesen. Insgesamt hatte sie sich aber als stabiler erwiesen als von den Beteiligten erwartet worden war. Beide Seiten nutzten die Zeit des relativen Friedens jedoch, um sich auf den nächsten Waffengang vorzubereiten. Hamas füllte ihre Waffenarsenale auf und betrieb den Ausbau ihrer Macht

Die brüchige Waffenruhe

im Gazastreifen. Indes erklärte der israelische Verteidigungsminister nach Beginn der Offensive am 27. Dezember, er habe das Vorgehen gegen Hamas in den letzten sechs Monaten genauestens geplant. Beide Parteien gingen offensichtlich davon aus, dass eine militärische Eskalation kaum zu vermeiden sein würde.

2. Israels Ziele im Gazakrieg

Fehler des Libanonkriegs

Als Referenzpunkt bei der Planung des Angriffs auf den Gazastreifen diente Israel der Krieg, den das Land im Jahr 2006 im Südlibanon geführt hatte: Israel hatte sich damals von Hisbollah zu einem überstürzten Waffengang mit weitreichenden Kriegszielen provozieren lassen, der in Israel innenpolitisch äußerst umstritten war. Aus diesem Misserfolg hatte Israel seine Lehren gezogen. Vorschnelle und übereifrige Kriegsziele wurden von Israels Regierung im Gazakrieg nicht mehr verkündet. Nicht die Entwaffnung oder die Vernichtung von Hamas, sondern allein die Unterbindung des Beschusses durch Hamas und die damit verbundene Sicherung Südisraels seien das Ziel des Waffengangs in Gaza, erklärte Israel zu Beginn der Offensive. Dies betonte Premierminister Ehud Olmert auch bei der Verkündung des Waffenruhe: Die Ziele Israels im Gazastreifen, nämlich die Schwächung Hamas und die Verbesserung der Sicherheitslage, seien erreicht und daher die Anwesenheit bzw. der Kampfeinsatz der israelischen Armee nicht mehr notwendig. Sollte Hamas jedoch erneut angreifen, werde man die Kampfhandlungen wieder aufnehmen.

Angriffsziel Tunnelsystem

Jenseits dieser unmittelbaren militärischen Ziele bezweckte Israel eine Neuregelung für die Kontrolle der Grenze zwischen Ägypten und dem Gazastreifen und die Zerstörung des dort bestehenden Tunnelsystems, durch das neben Lebensmitteln und Treibstoff auch Waffenlieferungen für Hamas in den Gazastreifen gelangten. Nach einem Grenzabkommen zwischen Ägypten, Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde im Jahr 2005, hatten Ägypter und Palästinenser gemeinsam die Kontrolle der Grenze übernommen. Diese stand zudem unter der Beobachtung Israels und der EU Border Assistance Mission (EUBAM), die aber im Sommer 2007 ausgesetzt wurde. Nach der Machtübernahme von Hamas im Gazastreifen wurde die Grenze geschlossen, da Ägyptens Präsident Hosni Mubarak Hamas als neuen Partner zum Schutz der Grenze nicht anerkannte. Um die Versorgung des Gazastreifens dennoch zu gewährleisten, wurde ein umfangreiches Tunnelsystem genutzt, das sich jeglicher Kontrolle entzog. Aufgrund dieser Situation an der ägyptisch-palästinensischen Grenze war Israel daran interessiert, die internationale Gemeinschaft in die Verantwortung zu nehmen. Ein internationales Engagement durch eine Schutztruppe zur kontrollierten Öffnung der Grenze und zur Unterbindung des Schmuggels könnte die Sicherheit Israels erhöhen.

Schwächung Hamas =
Stärkung Fatah?

Darüber hinaus war auch die direkte militärische und personelle Schwächung von Hamas ein unmittelbares Ziel des israelischen Waffengangs im Gazastreifen. Durch das harte Vorgehen der israelischen Armee im Gazakrieg ist dies zweifellos gelungen, auch wenn Hamas nicht vollständig besiegt werden konnte. Damit sollte die Machtbalance zwischen Hamas und der als gemäßigt geltenden Fatah neu gezogen und die Voraussetzungen für eine Machtübernahme der Fatah in Gaza geschaffen werden. Es darf jedoch bezweifelt werden, ob sich eine solche Neuordnung der politischen Führungsstruktur nach dem israelischen Militäreinsatz tatsächlich verwirklichen lässt. In der Tat scheint vor allem Hamas ihre Position im palästinensischen Lager gestärkt zu haben und Fatah an Rückhalt zu verlieren.

Die israelische Regierung hatte zudem innenpolitische Motive für ihren Waffengang. Am 10. Februar 2009 finden in Israel vorgezogene Neuwahlen statt. Drei Kandidaten machen sich dabei Hoffnungen auf den Posten des Premierministers: die bisherige Außenministerin Tzipi Livni von der Kadima-Partei des bisherigen Premierministers Ehud Olmert; Ehud Barak, Israels Verteidigungsminister und Führer der Arbeiterpartei; sowie der Oppositionsführers Benjamin Netanjahu von der Likud-Partei. Der ehemalige Premierminister Netanjahu und die Likud-Partei hatten in den Monaten vor dem Gazakrieg einen deutlichen Rechtsruck vollzogen und profilierten sich vor allem als sicherheitspolitische Hardliner. Aufgrund der prekären Sicherheitslage wurden Netanjahu daher in Umfragen gute Chancen auf einen Wahlsieg eingeräumt. Tzipi Livni trat in ihrer Funktion als Außenministerin bis zum Gazakrieg international als verhandlungsbereite Politikerin auf, zudem unterstützte sie die Räumung der israelischen Siedlungen im Gazastreifen. Durch ein hartes Vorgehen im Gazakrieg konnte sie sich auch für die Wählerschaft des rechten Spektrums profilieren, der Kritik an ihrer mangelnden militärischen Erfahrung entgegenwirken und einen Kontrapunkt zum Scheitern der Regierung Ehud Olmerts im Krieg gegen Hisbollah im Sommer 2006 setzen. Ehud Barak strebt ebenfalls eine Rückkehr auf den Posten des Premierministers an. Er will zudem den sicherheitspolitischen Ruf der Arbeiterpartei wieder herstellen, der durch die Fehlleistungen ihres damaligen Vorsitzenden Amir Peretz als Verteidigungsminister im Libanonkrieg 2006 erheblich gelitten hat. Aufgrund seines Amtes kann Ehud Barak innenpolitisch am meisten vom Krieg im Gaza profitieren: Die Intervention erfuhr hohe Zustimmung in der israelischen Bevölkerung und nach ihrem – zumindest nach israelischer Lesart – erfolgreichen Ende dürfte dies in erster Linie dem amtierenden Verteidigungsminister zugeschrieben werden, der damit eine exzellente Ausgangsposition für die kommenden Wahlen besäße.

Krieg und Wahlkampf

3. Hamas' Position im Gazastreifen

Hamas ging davon aus, vom Status Quo nichts zu gewinnen. Das wirtschaftliche Embargo gegen den Gazastreifen hinderte Hamas daran, ihre Macht im Gazastreifen weiter zu verfestigen. Die Versorgung der Bevölkerung war immer mehr vom Schmuggel abhängig. Eine Weiterführung des Waffenstillstands war gegenüber den anderen bewaffneten Gruppen im Gazastreifen unter den gegebenen Umständen kaum durchzusetzen. Hamas hoffte daher, durch eine militärische Eskalation die eigene Position zu verbessern, ähnlich wie dies der Hisbollah im Libanonkrieg gelungen war. Die Organisation wurde dann jedoch von der Vehemenz des israelischen Angriffs überrascht.

Vorbild Hisbollah?

Im Gazakrieg ging es für Hamas darum, den israelischen Angriff als intakte Organisation zu überstehen, den Raketenbeschuss fortzusetzen und militärischen Widerstand zu leisten, um eine große psychologische Wirkung zu erreichen. Dies ist Hamas allerdings nur teilweise gelungen. Sie konnte die israelische Armee in keine ähnlich prekäre Lage wie im Libanonkrieg bringen und sie scheiterte mit ihrer Forderung, eine Öffnung der Grenzen zum Gazastreifen als Bedingung für einen Waffenstillstand durchzusetzen. Dennoch konnte Hamas ihren Führungsanspruch innerhalb des palästinensischen Lagers untermauern, gerade da sie in der Konfrontation mit Israel stellvertretend für die Palästinenser gesehen wurde und selbst im Westjordanland an Unterstützung gewann.

Für die palästinensische Zivilbevölkerung des Gazastreifens hatte der Krieg jedoch fatale Folgen. Der Gazastreifen gehört zu den am dichtesten besiedelten Gebieten

Zivilisten zwischen
den Fronten

der Welt. Zivilisten war die Flucht wegen der Schließung der Grenzen durch Israel und Ägypten nicht möglich. Israel ging mit seinem Angriff daher bewusst das Risiko ein, auch Unbeteiligte zu treffen. Die Versorgungslage der Bevölkerung war aufgrund der Abriegelung desolat und wird sich auch nach der Öffnung der Grenze nur unter großem Einsatz der internationalen Gemeinschaft wieder stabilisieren.

Empörung über
Israel und Hamas

Von den Fehlschlägen der israelischen Armee sowie von der prekären Situation der Zivilbevölkerung während des Krieges hoffte Hamas zu profitieren. Entsprechende Bilder und Berichte erhöhten den internationalen Druck auf Israel, seine Angriffe zu beenden und sich aus Gaza zurückzuziehen. Nicht zuletzt die Empörung der Staatengemeinschaft über die Geschehnisse in Gaza dürften zur jetzigen Waffenruhe mit beigetragen haben. Aber auch die perfide Taktik von Hamas, teilweise Kämpfer in unmittelbarer Nähe zu Zivilisten zu platzieren und somit die Palästinenser als Schutzschild zu missbrauchen, rief internationale Entrüstung hervor.

4. Die Stunde der Mediatoren

Internationale Vermittler

Beide Konfliktparteien waren in einer Situation, in der sie nur mit Hilfe von außen zu einem Ende der Gewalt kommen konnten. Für Israel war es nicht möglich, aus dem Gazastreifen abzuziehen, ohne irgendeine Form der internationalen Regelung erreicht zu haben, die eine Wiederbewaffnung und den Raketenbeschuss durch die Hamas unterbindet. Hamas wurde von Zeitpunkt und Intensität des israelischen Angriffs überrascht, wollte sich jedoch ebensowenig bedingungslos auf eine Waffenruhe einlassen.

Es waren daher internationale Vermittler gefragt, die in der Lage sind, Krisenmanagement zu betreiben und einen politischen Rahmen für eine Waffenruhe zu entwickeln.

4.1. Die Rolle der USA und Europas

Im Gazakrieg zeigte sich, was bereits in den vergangenen zwei Jahren deutlich geworden war: Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union sind nur bedingt in der Lage, als Mediatoren im Mittleren Osten generell und im israelisch-palästinensischen Konflikt im Speziellen zu wirken.

Diskreditierte Amerikaner

Vor allem die USA zeichnen sich durch politische Unglaubwürdigkeit aus. Die Administration des scheidenden Präsidenten George W. Bush war bei den arabischen Staaten und bei den Palästinensern diplomatisch diskreditiert. Daran hatte auch die Annapolis-Initiative vom November 2007 nichts mehr geändert, die ohnehin aufgrund ihres Zeitplan (bis Ende der Amtsperiode von Präsident Bush), ihrer Methode (bilaterale Verhandlungen von Israel und Fatah; keine Einbeziehung von Hamas, Iran und Syrien; kaum politisches Engagement der USA) und damit auch in ihrer inhaltlichen Zielsetzung (Zweistaatenlösung für den Palästinakonflikt) von Beginn an als unrealistisch gelten musste. Im Gazakrieg forderte Washington zwar sehr schnell einen Waffenstillstand, betonte aber vor allem das Recht Israels auf Selbstverteidigung und verlangte Vorleistungen von Hamas. Eine erste von arabischen Staaten eingebrachte UN-Resolution, die ebenfalls einen Waffenstillstand forderte, scheiterte am amerikanischen Veto. Bei einer zweiten Waffenstillstandsresolution, die vom Sicherheitsrat erfolgreich verabschiedet wurde, enthielt sich Washington der Stimme, obgleich Außenministerin Condoleezza Rice erklärte, die USA unterstützen den Inhalt der Resolution. Premierminister Olmert rühmte sich später, er

habe eine formale Zustimmung der USA zu der Resolution durch eine politische Intervention bei US-Präsident Bush verhindert. Die amerikanische Position wurde zudem geschwächt, da man sich in Washington im Interregnum befand und die neue Administration von Präsident Barack Obama eine Positionierung im Gazakrieg zunächst weitgehend vermied. Äußerungen aus Obamas Lager deuteten allerdings darauf hin, dass die zukünftige US-Regierung zumindest informell den Kontakt mit Hamas suchen könnte – ein Umstand, der zu diesem Zeitpunkt nicht gerade zur Deeskalation beigetragen haben dürfte, folgt man der These, dass Israel Barack Obamas Intentionen im Nahen Osten misstraut und daher vollendete Tatsachen schaffen wollte.

Im Falle Europas wiederum zeigte sich, dass die EU zwar politisch bemüht, faktisch jedoch noch weit davon entfernt ist, ein handlungsfähiger Krisenmanager zu sein. Die scheidende französische Ratspräsidentschaft veröffentlichte kurz nach Beginn der israelischen Luftangriffe eine Erklärung, in der ein sofortiger Waffenstillstand gefordert wurde, ohne damit auf Gehör zu stoßen. Tschechien, das zum Januar die EU-Präsidentschaft übernommen hat, musste sogar sein ursprüngliches Statement zur Position der EU im Bezug auf den Krieg in Gaza revidieren, da dieses nach Ansicht anderer Mitgliedsstaaten zu unkritisch ausgefallen war. Nur bedingt erfolgreich war ebenfalls die Vermittlungsmission der EU, bestehend aus dem tschechischen Außenminister Karel Schwarzenberg, der Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner, dem Hohen Repräsentanten des Rats Javier Solana sowie den Außenministern Frankreichs und Schwedens.

Europas Krisenmanagement

Mehr Erfolg war indes den Missionen einzelner Mitgliedsstaaten beschieden. Vor allem Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy tat sich dabei hervor. Er reiste etwa zeitgleich mit der EU-Delegation in die Region und legte gemeinsam mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak einen Friedensplan vor. Dieser ähnelte dem der EU-Delegation, wurde aber im Gegensatz dazu von Hamas und Israel als Verhandlungsgrundlage angenommen. Zwar wurde Frankreichs Initiative, die Nicolas Sarkozy formal als Co-Präsident der Mittelmeerunion einbrachte, seitens anderer europäischer Staaten vielfach und berechtigterweise als Konkurrenzveranstaltung zur Mission der tschechischen Ratspräsidentschaft gesehen. Ihr Erfolg macht jedoch deutlich, dass die EU als Akteur im Mittleren Osten – zumindest in Krisenzeiten – weit weniger Einfluss besitzt als einzelne Mitgliedsstaaten, die über etablierte politische Kontakte verfügen.

Frankreich als Nahostvermittler

4.2. Die Rolle der arabischen Staaten

Die anfängliche Zurückhaltung einiger arabischer Regierungen mit einer eindeutigen Positionierung im Gazakrieg ist darauf zurückzuführen, dass man in Riad, Amman, Kairo und anderswo keineswegs besonders wohlwollend gegenüber Hamas eingestellt ist. Die Organisation wird in vielen arabischen Hauptstädten aufgrund ihrer Verbindungen nach Iran und ihrer radikalen Ideologie mit äußerstem Argwohn betrachtet. Dementsprechend war man auch nicht interessiert, dass Hamas den Erfolg von Hisbollah im Libanonkrieg in Gaza wiederholt.

Diplomatisches Dilemma

Das israelische Vorgehen stellte aber auch ein innenpolitisches Problem für die arabischen Staaten dar. Die Bilder palästinensischen Leidens dominierten die Medien und heizten die öffentliche Stimmung an. Die Proteste der Bevölkerung richteten sich nicht nur gegen Israel und dessen Vorgehen im Gazastreifen, sondern vielerorts auch gegen die arabischen Regierungen selbst, die der Komplizenschaft mit Israel

Innenpolitische Unruhen

und den USA bezichtigt wurden. Die Verärgerung vieler Araber über die außenpolitische Konzeptlosigkeit ihrer Regierungen sitzt tief: Die Popularität von Hamas, Hisbollah und Irans Präsidenten Ahmadinedschad oder auch der Jubel um den irakischen Journalisten Saidi, der US-Präsident Bush mit seinen Schuhen beworfen hatte, sind Indikatoren für diese Unzufriedenheit.

Ägypten als
widerwilliger Vermittler

Eine zentrale Rolle als Vermittler im Palästina-Konflikt nimmt traditionell Ägypten ein. Kairo ist in der Vergangenheit wiederholt als Mediator zwischen Israel und Hamas sowie zwischen Hamas und Fatah tätig gewesen. Man fürchtete in Kairo aber, in den Konflikt hineingezogen zu werden und im Zuge des Waffenstillstands faktisch die politische Verantwortung für den Gazastreifen übertragen zu bekommen, etwa bei der Wiederherstellung der administrativen Ordnung, der Beseitigung des Sicherheitsvakuaums und der Handhabung der humanitären Krise. Zudem bestand aus Sicht der ägyptischen Regierung das Risiko, dass es zu einer operativen Verbindung von Hamas und Muslimbrüdern kommen könnte.

Vermittler des
Waffenstillstands

Erst als die politischen Kosten und der internationale Druck zu hoch zu werden drohten, ergriff Ägypten die Gelegenheit, mit Frankreich eine Vermittlungsinitiative zu starten und beherbergte seitdem Delegationen der Konfliktparteien. Die Nahostkonferenz am Wochenende der Waffenruhe, die in Kairo und unter Vorsitz des ägyptischen Präsidenten Mubarak und des französischen Staatschefs Sarkozy stattfand, ist Beweis dafür, dass Ägypten schließlich seine Verantwortung wahrnahm, aktiv die Verhandlungen um einen Waffenstillstand mit zu gestalten und damit gleichzeitig seine Interessen bei der weiteren Entwicklung geltend machte. Dementsprechend enttäuscht zeigte sich der ägyptische Präsident aber auch über den Alleingang Israels bei der Entscheidung, eine einseitige Waffenruhe auszurufen.

5. Kriegsende und Kriegsfolgen

Zwei Waffenruhen

Am Abend des 17. Januar 2009 erklärte Ehud Olmert Israel habe seine Kriegsziele erreicht und rufe daher einseitig eine Waffenruhe aus. Angriffe der Hamas würden jedoch nicht unbeantwortet gelassen. Innerhalb der Hamasführung herrschte zunächst Unstimmigkeit darüber, ob die israelische Waffenruhe erwidert werden solle, ohne dafür Zugeständnissen bei der Öffnung der Grenzen zum Gazastreifen zu erhalten. Hamas erklärte schließlich ebenfalls einen Waffenruhe und forderte – um wenigstens irgendeine Bedingung zu stellen – die israelische Armee zu einem Rückzug aus dem Gazastreifen binnen einer Woche auf.

5.1. Implementierung des Waffenstillstands

Linderung der
humanitären Not

Zunächst muss jetzt diese Waffenruhe stabilisiert werden, um die Versorgung der Bevölkerung zu ermöglichen und die humanitäre Krise im Gazastreifen zu lindern. Dies Aussichten hierfür sind derzeit gut: Hamas hat seinen Raketenbeschuss eingestellt und Israel hat seine Angriffe beendet und seine Truppen größtenteils zurückgezogen. Bis zur Amtseinführung Barack Obamas am 20. Januar war der israelische Rückzug weitgehend abgeschlossen.

Für die Grenze zwischen Ägypten und dem Gazastreifen einigten sich Israel, Ägypten, Palästinenser (vertreten durch Fatah) und Europäer beim Gipfeltreffen in Scharm el-Scheich am 18. Januar 2008 auf die Wiederaufnahme der Grenzregimes von 2005. Im Rahmen einer Beobachtermission wird die EU wie in der Vergangenheit eine Rolle übernehmen. Großbritanniens Premier Gordon Brown stellte sogar britische Trup-

pen zur Sicherung der Grenze in Aussicht und Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte erneut das Angebot Deutschlands, technische und personelle Hilfe bei dieser Aufgabe zu senden. Darüber hinaus haben die Europäer auch ihre Unterstützung bei der Unterbindung des Waffenschmuggels nach Gaza über den Seeweg zugesagt. Eine kontrollierte Öffnung der Grenzübergänge zwischen Israel und Gaza, möglicherweise ebenfalls mit internationaler Beteiligung, ist derzeit noch nicht vorgesehen. Tzipi Livni machte für einen solchen Schritt die Freilassung des von Hamas 2006 entführten israelischen Soldaten Gilad Schalit zur Bedingung.

Ein neues Grenzregime für Rafah

Unklar ist zudem, ob es zur Entsendung einer internationalen Truppe in den Gazastreifen kommen wird, um dort den Wiederaufbau und den Waffenstillstand zu überwachen und das Sicherheitsvakuum, das im Gazastreifen derzeit besteht, zu füllen. Diese Truppe könnte zudem sicherstellen, dass es zu keiner erneuten Aufrüstung von Hamas und anderen radikalen Gruppen kommt. Eine solche Mission wird jedoch bisher von Israel und vor allem von Hamas abgelehnt. Fraglich ist zudem, mit welchem Mandat eine solch heikle Mission ausgestattet wäre und welche Staaten bereit wären, sich mit Truppen daran zu beteiligen.

Eine internationale Truppe für Gaza?

5.2. Mittelfristige Folgen für Palästina

In der Folge des Waffenstillstands und mit einer neuen Administration in Washington ist zu erwarten, dass es zu einem graduellen und zunächst wohl auch nur inoffiziellen Wandel der Position kommen wird, die die EU und die USA gegenüber Hamas einnehmen. Bisher wurde die Organisation boykottiert und ihr Sieg bei den palästinensischen Wahlen 2006 nicht anerkannt. Durch die einseitige Ausrufung einer Waffenruhe versuchte Israel zwar, Hamas keine Rolle in den Waffenstillstandsverhandlungen einzuräumen. Dies wird sich faktisch jedoch kaum durchhalten lassen. Bei der Implementierung der Vereinbarungen jenseits der jetzigen Waffenruhe – etwa einem Grenzregime – und beim Wiederaufbau im Gazastreifen wird kein Weg an Hamas vorbei führen.

Die internationale Rolle von Hamas

Als politischer Akteur auf palästinensischer Seite ist die Organisation ohnehin etabliert, wie nicht zuletzt ihr Sieg bei den Parlamentswahlen im Januar 2006 zeigte. Es bleibt aber abzuwarten, wie sich die Beziehungen zwischen Fatah und Hamas, die beide um die Macht in Palästina konkurrieren, weiterentwickeln werden. Zwar steht der Vorschlag im Raum, dass Hamas und Fatah wieder in Verhandlungen über die Bildung einer palästinensischen Einheitsregierung eintreten, wie sie seit dem Zusammenbruch der Einheitsregierung 2007 immer wieder stattfanden, die Erfolgsaussichten dieses Unterfangens sind jedoch ungewiss. So hat Hamas dem palästinensischen Ministerpräsidenten Mahmoud Abbas die politische Anerkennung entzogen, da dessen Amtszeit am 9. Januar 2009 endete. Eine Wiedervereinigung des palästinensischen Lagers ist allerdings eine Voraussetzung dafür, dass es zu einem israelisch-palästinensischen Friedensprozess kommen kann.

Der innerpalästinensische Konflikt

5.3. Regionale Implikationen

Kurzfristig ist davon auszugehen, dass der Angriff auf Gaza vor allem den Hardlinern in der Region geholfen hat.

Die Regierung des iranischen Ministerpräsidenten Ahmadinedschads dürfte positiv vermerkt haben, dass das iranische Atomprogramm derzeit weitgehend aus der internationalen Debatte verschwunden ist. Auch für die im Juni anstehenden

Irans Atomprogramm

Präsidentenwahlen könnte der Gazakrieg von Bedeutung sein. Außenpolitisch nutzt Iran den Krieg darüber hinaus, um sein Profil als einziger Widersacher Israels und des Westens zu schärfen und sich damit von anderen Regierungen in der Region, vor allem der saudischen und der ägyptischen, abzugrenzen. Allerdings sind die staatlichen Interessen Irans keineswegs an das Schicksal von Hamas oder der Palästinenser insgesamt geknüpft. Dem Land geht es vielmehr um eine Anerkennung durch den Westen, wie nicht zuletzt Präsident Ahmadinedschads überschwängliches Gratulationstelegramm an Barack Obama nach dessen Sieg bei den US-Wahlen deutlich machte. Iran ist weit mehr daran interessiert, als Regionalmacht am Golf und im Mittleren Osten anerkannt zu werden, Zugang zu westlichen Technologien zu erhalten und sein Atomprogramm fortzusetzen, als sich zum Vorkämpfer für die Palästinenser oder Hamas zu machen. Die Unterstützung für Hamas wird lediglich als Möglichkeit der regionalen Einflussnahme gesehen.

Syrische Interessen

Für Syriens Präsidenten Bashar al-Assad, dessen Land ebenfalls einen Pariah-Status in der Region innehat, kommt der Gazakrieg zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Präsident Assad hatte kurz vor dem israelischen Angriff verlauten lassen, dass er die Zeit für direkte Verhandlungen mit Israel bald gekommen sähe. Durch einen Frieden mit Israel erhoffte er sich nicht nur die Rückgewinnung der Golan-Höhen, sondern auch eine Anerkennung seines Regimes durch die USA und damit verbunden den Zugang zu westlichen Hilfsmitteln. Eine Fortsetzung der durch die Türkei vermittelten Verhandlungen zwischen Syrien und Israel dürfte jedoch derzeit wenig Aussicht auf Erfolg haben. Syriens Interessen bestehen allerdings weiter und Barack Obama hat im Wahlkampf bereits angekündigt, den Kontakt mit dem Land suchen zu wollen. Es ist also zu erwarten, dass die Verhandlungen zumindest mittelfristig wieder aufgenommen werden.

Radikale Gruppen als Hauptprofiteure

Einzig die substaatlichen Akteure dürften vorbehaltlos vom Gazakrieg profitieren. Die Legitimation vieler arabischer Regierungen ist aufgrund schlechter Regierungsleistungen ohnehin schon gering, ihre politische Zurückhaltung im Gazakrieg hat zu einem weiteren Ansehensverlust geführt. Vor allem die radikalen Gruppen in der Region wie Hisbollah oder die Muslimbrüder gewinnen dadurch. Sie können sich mehr noch als bisher als Alternative zu den bestehenden Strukturen präsentieren.

Neue Terroristen

Auch für Terroristen wird es dank der israelischen Intervention im Gazastreifen und des Leids der Zivilbevölkerung einfacher, potenzielle Anhänger von der Notwendigkeit eines bewaffneten Vorgehens zu überzeugen. Es ist zudem möglich, dass Hamas aufgrund der Schwächung ihrer Organisationsstruktur nicht mehr in der Lage ist, als Sammelbecken für die radikalen Palästinensergruppen zu fungieren. Als Resultat könnte es zu einer Zersplitterung und weiteren Radikalisierung der Szene kommen, wodurch eine Kontrolle dieser Gruppen noch schwerer werden dürfte.

6. Resümee: In Palästina nichts Neues...

Sieg und Niederlage in einem asymmetrischen Krieg

Henry Kissingers Einschätzung zu asymmetrischen Konflikten, derzufolge die reguläre Armee verliert, wenn sie nicht gewinnt, und die Guerilla gewinnt, wenn sie nicht verliert, trifft im Fall des Gazakriegs nur bedingt zu.

Israel hat seine militärischen Ziele dezidiert vage und begrenzt gehalten: Es ging – zumindest offiziell – nicht um die Vernichtung von Hamas oder deren Entwaffnung, sondern um ein Ende des Raketenbeschusses und um eine Verbesserung der Sicherheitslage in Südisrael. Um den Erfolg seines militärischen Vorgehens zu unterstreichen

chen, verkündete Israel einseitig eine Waffenruhe und erklärte, diese Ziele erreicht zu haben.

Andererseits kann Hamas zwar nicht glaubhaft behaupten, militärische Erfolge im Gazakrieg verzeichnet oder im Waffenstillstand irgendwelche Bedingungen erwirkt zu haben, aber immerhin hat die Organisation den Krieg überstanden und kann hoffen, dass sie in Zukunft international nicht mehr in dem Maße boykottiert wird wie bisher. Zudem ist Hamas wohl im palästinensischen Lager durch den Gazakrieg gestärkt worden.

Selbst wenn die Waffenruhe erfolgreich sein sollte und unter den getroffenen Vereinbarungen die Versorgung der palästinensischen Bevölkerung und der Wiederaufbau des Gazastreifens möglich wären, ist es noch ein weiter Weg hin zu einem aussichtsreichen Friedensprozess.

Hierfür ist dringend eine Abkehr von dem Prinzip bilateraler Verhandlungen zwischen Palästinensern und Israelis geboten, einem Grundelement des Annapolis-Prozesses. Die Machtverteilung zwischen den beiden Protagonisten ist zu ungleich, um einen ausgeglichenen und damit tragfähigen Kompromiss finden zu können. Die USA, die EU und die arabischen Staaten müssen daher aktivere Rollen übernehmen. Es wird Aufgabe der neuen US-Administration unter Präsident Barack Obama sein, im Gegenzug für amerikanische Sicherheitsgarantien von Israel Zugeständnisse bei den Verhandlungen mit den Palästinensern zu erwirken und regionale Akteure wie Syrien und Iran in die Gespräche mit einzubinden. Darüber hinaus sind auch Formate wie die Arabische Friedensinitiative geeignet, den Inhalt der Verhandlungen in einen regionalen Kontext zu setzen und zusätzliche Anreize für Israel zu liefern, einer Friedenslösung zuzustimmen.

Die arabischen Staaten, die EU und die USA müssen zudem die palästinensische Seite in die Pflicht nehmen, eine Führungsstruktur zu errichten, die unter den Palästinenser über eine stabile Legitimationsbasis verfügt. Dies wird Zugeständnisse seitens Fatah und ein Ende der westlichen Isolationspolitik gegenüber Hamas erfordern.

Die Europäer können zwar nur eine gemischte Bilanz als Krisenmanager aufweisen, die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind aufgrund ihrer Kompetenzen bei der Konsolidierung von Friedensprozessen jedoch in der Lage einen wichtigen Beitrag zu leisten, wenn es um die nachhaltige Implementierung eines Waffenstillstandsabkommens und die Organisation des Wiederaufbaus im Gazastreifen geht. Entsprechende Ankündigungen wurden seitens der Europäer auch schon gemacht.

Wie aussichtsreich und wahrscheinlich die Initiierung eines zielführenden politischen Prozesses über die Konsolidierung des Waffenstillstands hinaus ist, bleibt abzuwarten. Einerseits sind die Probleme, die von Palästinensern und Israelis zu bearbeiten sind, äußerst komplex (Flüchtlingsfrage, Status von Jerusalem, Auflösung jüdischer Siedlungen im Westjordanland etc.). Andererseits ist die Kompromissbereitschaft bzw. politische Handlungsfähigkeit beider Seiten ungewiss. So ist fraglich, ob es zwischen Hamas und Fatah zu einer tragfähigen Übereinkunft kommen wird oder ob der Kampf um die Vorherrschaft im palästinensischen Lager zwischen den beiden Gruppen weitergeht. Zudem wird gerade für Teile von Hamas eine konstruktive Rolle in den Verhandlungen mit Israel einen erheblichen Identitätswandel bedeuten, den manche radikale Gruppe, die über erhebliches Störpotenzial verfügt, unter Umständen nicht mittragen wird. Auch bleibt zu fragen, was sich

Von der Waffenruhe zum Frieden?

Multilateraler Ansatz

Legitime palästinensische Führung

Europas Stärke: Friedenskonsolidierung

Schlechte Aussichten für einen nachhaltigen Frieden

Israel von einem Frieden mit den Palästinensern erhoffen darf. Die Erfahrungen mit dem Rückzug aus dem Gazastreifen haben gezeigt, dass die Formel „Land für Frieden“ nicht ohne weiteres aufgeht. Hinzukommt, dass die innenpolitischen Kosten, die etwa mit einer Auflösung israelischer Siedlungen im Westjordanland verbunden wären, eine enorme Belastungsprobe für jede Regierung darstellen würde.

Um den Preis enormer Opferzahlen unter der palästinensischen Zivilbevölkerung hat der Gazakrieg die Sicherheitslage in Südisrael kurzfristig verbessert, die Chancen für eine Lösung des Palästinakonflikts sind dadurch jedoch nicht gestiegen.

C·A·P

Centrum für angewandte
Politikforschung
© 2009

Maria-Theresia-Str. 21
81675 München
Telefon 089 · 2180 1300
Telefax 089 · 2180 1329
E-Mail redaktion@cap-lmu.de
www.cap-lmu.de